

## Schwerpunkt Letzter Sitzungstag im November-Landtag

## Energiesstrategie 2030 erntet jede Menge Tadel, aber auch positive Voten

**Landtag** In einer mehrere Stunden dauernden und mit vielen kritischen Worten durchsetzten Debatte haben sich die Abgeordneten gestern der Energiesstrategie 2030 und der Energievision 2050 sowie der entsprechenden Anträge der Regierung angenommen.

VON HANNES MATT

**B**is 2050 soll in Liechtenstein eine Verringerung des Energiebedarfs gegenüber 2008 um 40 Prozent, die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien sowie die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 100 Prozent erreicht werden, so lauten die hehren Ziele der Energievision. Für die nächsten 10 Jahren ist eine 20-prozentige Energiereduktion, ein 30-Prozent-Anteil der erneuerbaren Energie (17 Prozent im Inland) und 40 Prozent CO<sub>2</sub>-Reduktion gegenüber 1990 angedacht (das «Volksblatt» berichtete).

#### Auf Freiwilligkeit verlassen?

Mit dem in der Energiesstrategie 2030 vorgeschlagenen Fahrplan sind nicht alle glücklich. Ambitioniert sei anders, befanden jüngst etwa die Solar-genossenschaft oder die LGU, man hätte durchaus noch einen Gang zulegen können. Eine Haltung, die viele Abgeordnete im Landtag teilten. «Ich persönlich bin der Meinung, dass wir uns mehr bemühen müssen», sagte etwa Eugen Nägele (FBP). «Unsere Ziele müssen ehrgeiziger und höher gesteckt werden.» Der FBP-Abgeordnete fragte sich, ob es ausreichend sei, sich auf freiwillige Initiativen zu verlassen. Bei den Privaten wolle man den Einbau von fossilen Feuerungen bei Neu- und Umbauten «erschweren» - bei der Industrie setze man hingegen auf Freiwilligkeit. «Eine Ungleichbehandlung», so Eugen Nägele, der noch zahlreiche Änderungsanträge zu den von der Regierung vorgeschlagenen



«Alle Massnahmen haben so gut wie keinen Einfluss auf die Erderwärmung. Dafür sind wir zu klein. Trotzdem ist es wichtig, ein Signal zu senden.»

ALEXANDER BATLINER  
FBP-ABGEORDNETER

Massnahmen mitgebracht hatte, die dem Landtag zur Beschlussfassung vorgelegt wurden (siehe unten). Daniel Oehry (FBP) verwies darauf, dass man bei den grössten Energiespar-Hebeln «Heizen» und «Mobilität» zwar realistisch, aber eben nicht ambitioniert unterwegs sei: «Es wird auch keine einfache Aufgabe, alle auf die geplante Reise mitzunehmen.»

#### Lageder schlicht enttäuscht

Schärfere Worte zum «Wunschpapier» aus der Feder von Regierungschefst. Daniel Risch fand Thomas Lageder von der Freien Liste. «Unge-nügend! Ich bin schlicht enttäuscht. So können die Ziele der Energievision nicht erreicht werden.» Es sei kein konsequentes Vorgehen erkennbar - die Massnahmen viel zu lasch. Es müsste beispielsweise schon 2030

Ziel sein, keine Verbrennungsmotoren auf den Strassen zu haben. Patrick Risch (Freie Liste) fasste die Energiesstrategie als «mutlos» zusammen, die «kein Wille zeigt, die Ziele auch zu erreichen». Wendelin Lampert (FBP) sah es ähnlich. So seien im Papier zwar ein paar schöne Worte zu finden, es brauche aber Taten. Und auch Thomas Rehak (NF/DpL) führte aus, dass ihm die Massnahmen zu wenig weit gingen. So gelte es etwa einen Entscheid zu treffen, wann genau Liechtenstein keine fossilen Heizungen mehr will. Die Strategie sieht nämlich lediglich vor, dass bis zum Jahr 2030 mindestens 75 Prozent der bestehenden Ölheizungen zu ersetzt werden sollen.

#### Lob von der VU ... und Batliner

Positive Worte gabs hingegen von der VU-Fraktion. «Die Energiesstrategie ist neben dem Mobilitätskonzept und dem Raumkonzept eine der wichtigsten Entscheidungsgrundlagen für eine nachhaltige und prosperierende Entwicklung in Liechtenstein», fand Sprecher Manfred Kaufmann blumige Worte. Seine Fraktion respektiere zwar die Anliegen derer, die darin kein visionäres Werk sehen wollen. «Es kann ihnen aber nicht schnell genug gehen, Maximalforderungen stehen im Raum», so Kaufmann. «Doch nützen auch konkrete Ziele nichts, wenn die Menschen sie nicht miteinander verfolgen wollen.» Dass sich die Regierung hier an der möglichen und erreichbaren Umsetzbarkeit orientiert habe, sei aus Sicht der VU-Fraktion lobenswert: «Die schönste, bunte und ambitionierteste theo-



Blick in den Landtag während der November-Sitzung. (Fotos: Zanghellini)

retische Strategie nützt nichts, wenn sie praktisch nicht umsetzbar ist.» Für eine Überraschung sorgte Alexander Batliner (FBP), der mit Daniel Risch sonst meist auf Kriegsfuss steht. «Für mich ist der Vorschlag der Regierung ein Kompromiss zwischen Ökologie und Ökonomie, den ich unterstützen kann», so der FBP-Abgeordnete. «Es werden realistische und umsetzbare Ziele definiert, die in Einklang mit den Zielen der Klimapolitik der Regierung stehen.» Dass die angestrebten Ziele und die vorgeschlagenen Massnahmen nicht mit Verboten, Druck und Zwang erreicht

werden sollen und vielmehr auf Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien, Aufklärung und Sensibilisierung gesetzt wird, sei wichtig. «Alle Massnahmen, die wir beschliessen, werden das Klima aber nicht retten und so gut wie keinen Einfluss auf die Erderwärmung haben. Dafür sind wir zu klein und zu unbedeutend», wie Batliner sagte. «Trotzdem ist es wichtig, dass wir gegenüber der internationalen Staatenwelt das Signal aussenden, dass auch wir uns an diesem weltweiten Bestreben, die Erderwärmung zu stoppen, beteiligen.»

### Änderungsanträge zu den Massnahmen der Energiesstrategie 2030

## Einspeisevergütung bitte noch um ein Jahr verlängern

**VADUZ** «Die Bedingungen für den Weiterbetrieb und die Erneuerung von bereits gebauten Fotovoltaikanlagen (PVA) sollen analysiert und gegebenenfalls so weit verbessert werden, dass die Stromproduktion aus gebauten Anlagen möglichst hoch bleibt»: So lautete eine Massnahme, die die Regierung dem Landtag zur Beschlussfassung vorlegte. Hier brachte Eugen Nägele (FBP) ins Spiel, dass die Weiterführung der Einspeisevergütung noch offen sei. Zwischen dieser und einer Einmalförderung können PVA-Bauer auswählen. 10 Rappen gibts für die Kilowattstunde Solarstrom - für 10 Jahre. Doch nicht mehr lange. Der Landtag hatte bereits früher entschieden, sie per 2021 aus dem Energieeffizienzgesetz zu streichen. Diesen Punkt hatte auch die Solar-genossenschaft kritisiert, weil sich dadurch PVA-Interessierte vermehrt für kleinere Anlagen entscheiden - lediglich für den Eigengebrauch. Das steht dem hehren PVA-Ziel natürlich im Weg. «Aus Gesprächen weiss

ich, dass viele Personen eine Installation zurückgestellt haben, weil sie nicht wissen, ob die Einspeisevergütung weitergeführt wird oder nicht», führte Nägele aus und stellte den Änderungsantrag, die Regierung möge im Dezember eine Gesetzesvorlage vorlegen, um die Einspeisevergütung noch ein Jahr zu verlängern. Regierungschefst. Daniel Risch wies darauf hin, dass es keine Abschaffung der Einspeisevergütung gebe, sondern mit einem neuem Modell fortgeführt werden soll, die sich künftig am aktuellen Strompreis richten wird. «Der Vernehmlassungsbericht dazu wird in den nächsten Wochen veröffentlicht», so Risch. Das brachte Wendelin Lampert und Elfried Hasler (beide FBP) auf die Palme: «Wir wussten alle, dass die Einspeisevergütung ausläuft. Warum kommt das Ganze erst jetzt?» Lampert sprach von einem Bruch, der den Ausbau von PVA einbremsen könnte. Regierungschefst. Risch wehrte sich: «Ein Bruch, den das Gesetz so vorsieht. Warten Sie doch ab. Fakt ist, dass die Einspeisevergütung stark an Attraktivität eingebüsst hat.» Schlussendlich musste sich Daniel Risch aber der Mehrheit im Landtag beugen, die Nägeles Antrag mit 21 Jastimmen unterstützte. (hm)

Der FBP-Abgeordnete Eugen Nägele.

## Ziele dank Albert Frick verpflichtend

**VADUZ** Folgend ein Überblick der erfolgreichen und weniger erfolgreichen Änderungsanträge zur Energiesstrategie:

#### Ziele für verbindlich erklären?

Patrick Risch (FL) wünschte, dass die in den Papieren genannten Ziele nicht bloss zur Kenntnis genommen, sondern auch für verbindlich erklärt werden. Dafür stimmten 12 Abgeordnete, 12 waren dagegen, einer anscheinend abwesend. Der Stichtentscheid oblag somit Landtagspräsident Albert Frick (FBP), der sich für die Verbindlichkeit der Energieziele aussprach.

#### «Minimal» 5 MWp oder gar das Doppelte?

Den Antrag von Daniel Oehry (FBP), den Ausbau von PVA von 5MWp/Jahr mit dem Zusatz «Minimum» zu versehen, fand bei allen Abgeordneten Anklang. Der anschliessende «utopische» Antrag von Thomas Lageder (FL), das Ziel auf 10 MWp/Jahr zu erhöhen, dagegen nicht.

#### E-Autos und Batterien gleichermaßen fördern?

Erich Hasler (NF/DpL) stellte den Antrag, dass, wenn Elektrofahrzeuge gefördert werden, dies auch für Energiespeicher (Batterien) gelten soll, die «nicht auf vier Rädern» unterwegs sind, was knapp abgelehnt wurde. 17 Jastimmen gabs aber dafür, dass die Sachlage geprüft und im nächsten Regierungsbericht Auskunft gegeben wird.

#### Und wenn die Ziele nicht erreicht werden?

Nach einer Grundsatzdebatte war der Antrag von Eugen Nägele (FBP) erfolgreich, dass falls die jährlichen Berichte darauf hindeuten, dass die Ziele nicht erreicht werden, die Regierung entsprechende Massnahmen aufzuzeigen hat.

## Landtag zeigt kaum Interesse an Mobilitätsmanagement

**VADUZ** Als letzten Wunsch - gerade als Landtagspräsident Albert Frick das seit mehreren Stunden andauernde Traktandum Energiesstrategie für beendet erklären wollte - nahm sich Eugen Nägele (FBP) noch des Themas Betriebliches Mobilitätsmanagement (BMM) an. «Ich bin mir bewusst, dass dies in meiner Fraktion nicht auf Gegenliebe stösst», führte der FBP-Abgeordnete zu Anfang aus. «Der grösste Energiefresser ist aber der Verkehr. Hier hätte BMM grosses Einsparpotenzial, das sozusagen ungenützt rumfährt.» So stellte er den Zusatzantrag, dass die Regierung bis 2022 aufzeigen soll, wie bei staatsnahen Betrieben und bei Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitern BMM gesetzlich eingeführt werden kann. Regierungschefst. Daniel Risch verwies sogleich auf das Mobilitätskonzept, wo eine Prüfung sowieso angedacht sei: «Diesen Antrag braucht es nicht - es sei denn, man will dies aus Energiegründen noch befeuern.» Eine pas-

sende Wortwahl zum heissen Thema BMM, denn wer möchte am Arbeitsplatz schon gerne Parkplatzgebühren bezahlen - ausser vielleicht Thomas Lageder (Freie Liste). Dieser war sofort dafür zu haben: «BMM muss nicht nur geprüft, es müsste eigentlich schon nach zwei Jahren eingeführt werden!» Das war aber nicht Eugen Nägeles Ziel: «Ich habe bewusst eine grosszügige Formulierung gewählt, obschon es in gewissen Bereichen Druck braucht.» Der Landtag konnte sich dafür jedoch nicht begeistern. Neben Eugen Nägele und der Freien Liste stimmten lediglich Daniel Oehry, Susanne Eberle-Strub und Wendelin Lampert (alle FBP) dem Antrag zu. Letzgenannter hatte das «Problem» zuvor mit Blick auf den kurzen Absatz zu BMM in der Energiesstrategie 2030 - einen Hinweis auf einen Werkzeugkoffer namens «PendlerInnen-Box» mit BMM-Tipps, der gratis an interessierte Betriebe abgegeben wird - treffend ausgedrückt: «Mit einem Köfferli werden wir die Welt nicht retten.» (hm)



«Mit einem Köfferli werden wir die Welt nicht retten.»

WENDELIN LAMPERT  
FBP-ABGEORDNETER